



Presseschau vom 16.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

wpered.su: Boris Litwinow nahm an einem „Runden Tisch“ zum Thema „Imperialismus – Feind Nummer eins der Völker der Welt“ teil.

Am 14. Juli fand in Neapel ein „Runder Tisch“ zum Thema „Imperialismus – Feind Nummer eins der Völker der Welt“ statt. An ihm nahmen der Generalkonsul der Bolivarischen Republik Venezuela in Neapel, der Generalkonsul Nicaraguas in Neapel, Vertreter der italienischen kommunistischen Partei CARC und der Freiwilligengruppe „NIKA“ teil sowie ein Vertreter der LVR und der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow über Skype, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Teilnehmer der Veranstaltung legten ihre Auffassungen bezüglich der derzeitigen Situation in der Welt dar, tauschten Erfahrungen in der Arbeit aus, erklärten ihre Solidarität im Kampf gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus. Die Vertreter der Gruppe „NIKA“ lenkten die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf die Ereignisse im Donbass. Boris Litwinow seinerseits berichtete über die Beteiligung der Kommunisten an der Entstehung der Donezker Volksrepublik.

de.sputniknews.com: Macron und Putin treffen sich in Moskau.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat seinen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron am Sonntag im Kreml empfangen.

Macron und seine Frau Brigitte waren beim WM-Endspiel in Moskau dabei.

Putin betonte, dass Russland und Frankreich ihre üblichen Kooperationsmechanismen schrittweise wieder aufbauen würden. Dies gebe eine Basis für die weitere positive

Entwicklung der bilateralen Beziehungen, fügte er hinzu.

Der Präsident bestätigte außerdem, dass das Treffen der großen russisch-französischen interparlamentarischen Kommission in naher Zukunft stattfinden werde.

Bei dem Kommissionstreffen solle ein breites Spektrum von Fragen, insbesondere die Situation in Europa und „die ungerechten Russland-Sanktionen“, behandelt werden, erklärte Leonid Slutsky, Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses der russischen Duma.

Laut Slutsky stehen auch die Situation im Nahen Osten sowie „einige sensible Fragen der internationalen Agenda“ zur Diskussion. Diese seien für die Parlamentarier Russlands und Frankreichs gleichermaßen wichtig.

Wpered.su: In Makejewka fand eine Aktion des Leninschen Komsomol der DVR „Die Namen der Helden werden wir niemals vergessen“ statt.

Am 15. Juli fand am Denkmalgeschütz „Puschka“ im zentralstädtischen Bezirk von Makejewka eine Aktion statt, die auf Initiative der Stadtorganisation des Leninschen Kommunistischen Jugendverbands der Donezker Volksrepublik im Rahmen des Jahres der Geschichte des Donbass in der DVR stattfand. Darüber berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Am 17. Juli 1943 haben sowjetische Truppen mit einem überraschenden Angriff von drei mechanisierten Gardekorps (von Norden nach Süden: 1., 4., 2. mechanisierte Gardekorps) mit Unterstützung des 31. Schützengardekorps die Front in einer Tiefe von 10km durchbrochen und einen Brückenkopf am westlichen Ufer des Mius im Gebiet der Dörfer Stepanowka und Marinowka eingenommen. Zu dem besetzten Brückenkopf gehörte auch die Höhe 277,9 („Saur-Mogila“).

Dieses historische Ereignis, das im Jahr 2018 75 Jahre her ist, wurde zum Anlass für Aktionen, deren aktive Teilnehmer Komsomolzen, Pioniere, junge „Gajdarowzy“ sowie Einwohner von Makejewka waren.

Zu den Anwesenden sprach der erste Sekretär des Stadtkomitees der KP der DVR Sergej Jurtajew, der davon erzählte, wie die Ereignisse vor 75 Jahren verliefen, wie die sowjetischen Truppen den Donbass befreiten.

Das Kind des Krieges Walentina Didenko, die während der Besetzung der Stadt durch faschistische deutsche Truppen und während ihrer Befreiung in Jasinowka lebte, erzählte den Kindern davon, was dies für eine schreckliche Zeit war, wie die Kinder in den schweren Kriegszeiten überlebten und wie die Deutschen beim Vordringen der Roten Armee in Panik aus den Dörfern und Städten flohen.

Nach einer kleinen Kundgebung und einer Niederlegung von Blumen am Denkmal teilten die Kinder mehr als 100 Informationsflugblätter über die Helden der Sowjetunion aus Makejewka aus.

„Leider muss ich anmerken, dass nicht alle Kinder, Jugendlichen, ja und erwachsenen Menschen die Geschichte ihres Vaterlandes gut kennen. Um das irgendwie in Ordnung zu bringen, haben wir diese Aktion initiiert. In den Flugblättern, die die Kinder heute verteilt haben, sind kurze und nützliche Informationen über acht Helden der UdSSR aus Makejewka sowie über die 54. Gardeschützendivision, die an der Schlacht von Stalingrad und an den Donbasser, Melitopoler, Nikolsko-Kriworoschsker, Beresnegowato-Snigirjowsker, Odessaer, Weißrussischen, Ostpreußischen, Berlin und Pariser Angriffsaktionen beteiligt war, enthalten“, berichtete der Initiator der Aktion, der erste Sekretär des Makejewker Stadtkomitees des Leninschen Komsomol der DVR Anton Sajenko dem Korrespondenten von „Wperjod“.

Viele Makejewker, die solche Flugblätter erhielten, dankten den Kindern und stellten interessante Fragen. Die Organisatoren ihrerseits unterstrichen, dass diese Aktion nicht die letzte war und und noch mehr als nur einmal stattfinden wird.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/07/37173086_10217843679582928_373233826253504512_n-e1531682920599.jpg

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Sokolniki und Kalinowo**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Israel greift Norden Syriens an – SANA

Israel hat am Sonntagabend einen Raketenangriff auf die Positionen der syrischen Armee im Norden der Provinz Aleppo geführt. Dies berichtet die syrische Nachrichtenagentur Sana. „Der ... Feind wiederholt seine Versuche, die besiegten terroristischen Gruppen in Deraa und Kuneitra zu unterstützen, und greift eine unserer militärischen Positionen nördlich des Neirab-Flughafens an“, zitiert Sana eine militärische Quelle.

Laut den syrischen Medien verursachte der Schlag nur materiellen Schaden.

In der Nacht zum 12. Juli hatten Flugzeuge der israelischen Luftwaffe Raketen auf Militärstützpunkte in der syrischen Grenzprovinz Kuneitra abgefeuert. Die syrische Luftverteidigung soll alle Marschflugkörper abgewehrt haben.

Das israelische Militär hatte mitgeteilt, die drei Posten der syrischen Armee seien als Vergeltung für das Eindringen einer Drohne in Israels Luftraum angegriffen worden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32157/10/321571032.jpg>

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 15. Juli 3:00 Uhr bis 16. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij, Jelenowka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bislang nicht festgestellt.

Nach genaueren Informationen wurde in Folge eines Beschusses von **Dokutschajewsk** ein Haus beschädigt:

Zentralnaja-Straße 79/77 – die Verglasung wurde beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 36. Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht..

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 38.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-Waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: USA wollen „Weißhelme“ aus Syrien evakuieren – CNN

Die USA und ihre Verbündeten diskutieren laut dem Nachrichtensender CNN einen eventuellen Evakuierungsplan für die Zivilschutzorganisation „Weißhelme“, die in Syrien tätig ist.

Der US-Präsident Donald Trump habe die Frage beim Nato-Gipfel in Brüssel angesprochen, berichtet CNN mit Verweis auf interne Quellen.

Zudem hätten Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas die Notwendigkeit einer Evakuierung der Mitglieder der „Weißhelme“ und ihrer Familien erörtert und die USA davon überzeugt, Israel und Jordanien um Hilfe bei der Suche nach Fluchtwegen zu bitten.

Als mögliche Umsiedlungsländer für etwa 1000 Zivilschützer hätten verschiedene diplomatische Quellen Kanada, Großbritannien und Deutschland genannt.

Die Sicherheit der „Weißhelme“ könnte ein Gesprächsthema beim Gipfeltreffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin und seines Amtskollegen Donald Trump werden,

teilten Quellen gegenüber CNN mit.

Allerdings wollen die westlichen Mächte die Evakuierung ohne Russlands Beteiligung organisieren, so CNN.

Die Organisation selbst hat bislang keinen Kommentar abgegeben.

Zuvor hatte das US-Außenministerium bekanntgegeben, dass die Vereinigten Staaten 6,6 Millionen Dollar für die Tätigkeit der „Weißhelme“ und der Uno in Syrien bereitstellen würden.

Washington unterstütze nachdrücklich die Zivilschutzorganisation, die seit Beginn des Konflikts „mehr als 100.000 Menschenleben gerettet“ habe.

Die „Weißhelme“ präsentieren sich als Schützer der Zivilbevölkerung in Syrien ohne politische Agenda. Der Organisation wird jedoch vorgeworfen, inszenierte Videos aus Syrien zu verbreiten: So haben syrische Journalisten früher mehrere Aufnahmen gezeigt, auf denen die „Rettungskräfte“ mit Waffen und in Militäruniform zu sehen sind.

Das russische Außenministerium bezeichnete die Tätigkeit der „Weißhelme“ als einen Teil der Verleumdungskampagne gegen die syrische Regierung. Der Präsident Syriens Baschar al-Assad erklärte, dass Mitglieder der „Weißhelme“ in der Tat Anhänger von Al-Qaida seien.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32127/20/321272099.jpg>

Dnr-online.ru: Das Verkehrsministerium teilt mit, dass der Passagierverkehr auf der Donezker Eisenbahn zugenommen hat.

Die Abteilung für Eisenbahnverkehr des Verkehrsministeriums der DVR hat die Ergebnisse der Eisenbahnpassagierverbindungen des staatlichen Unternehmens „Donezker Eisenbahn“ im ersten Halbjahr vorgestellt. Die Gesamtzahl der beförderten Passagiere betrug in den ersten sechs Monaten 552.000 Personen.

Die Verbindungen zwischen den Republiken nutzten etwa 58.000 Personen. Die Nahverkehrszüge nutzten fast 494.000 Passagiere.

Die Gesamtzahl der Bürger mit Anspruch auf Ermäßigung, die ein Recht auf kostenlose und ermäßigte Fahrten haben, betrug in dem genannten Zeitraum 232.000 Personen.

Im Juni wurden im zwischenrepublikanischen Eisenbahnverkehr und im Nahverkehr mehr als 126.000 Passagiere befördert, von denen 46.000 Anspruch auf Ermäßigung haben. Zum Vergleich, im Mai dieses Jahres wurden 107.500 Passagiere befördert, davon fast 47.000 mit Anspruch auf Ermäßigung.

de.sputniknews.com: Russlands Föderationsrat wirft London Einflussversuch auf Putin-Trump-Treffen vor.

Mit neuen Vorwürfen gegen Moskau im Fall Skripal, die nun in Medien verbreitet werden,

versucht London, verzweifelt und erfolglos die Ergebnisse des baldigen Gipfels in Helsinki zu beeinflussen. Dies sagte der Vizechef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des Föderationsrates (russisches Oberhaus), Franz Klinzewitsch, am Montag.

Britische Ermittler gehen davon aus, dass Sergej Skripal und seine Tochter von amtierenden oder ehemaligen Mitarbeitern der Hauptverwaltung des Generalstabs der russischen Streitkräfte hätten vergiftet worden sein können. Eine solche Behauptung wurde am Sonntag in der Zeitung „The New York Times“ veröffentlicht.

„Das ist erneut ein Fake, ein verzweifelter und erfolgloser Versuch Londons, irgendwie die Ergebnisse des russisch-amerikanischen Gipfels in Helsinki zu beeinflussen“, sagte Klinzewitsch gegenüber Sputnik.

Er fügte hinzu, dass dies „an das Hineinwerfen von Holzscheiten ins erlöschende Feuer erinnert, aber es gibt seit langem keine Hitze mehr vom Feuer, nur den Rauch, der die ganze Welt husten lässt“.

Der Putin-Trump-Gipfel soll am 16. Juli in Helsinki stattfinden. Laut dem Kreml beabsichtigen die beiden Staatschefs, die Perspektiven der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen sowie aktuelle Fragen der internationalen Politik zu erörtern.

Dan-news.info: Soldaten der DVR haben 500 kg humanitäre Hilfe an die Einwohner der frontnahen Siedlung Golmowskij in Gorlowka geliefert. Dies teilte heute das operative Kommando der Republik mit.

„Das Kommando der DVR hat gemeinsam mit der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau – Donbass“ und der humanitären Gruppe „Angel“ eine gemeinsame Aktion zur Lieferung von Hilfe an die frontnahe Siedlung Golmowskij, das regelmäßig unter ukrainischen Schüssen leidet, durchgeführt. Die Gesamtladung beträgt 500kg“, heißt es in der Mitteilung.

Es handelt sich um Lebensmittel, Kleidung, Schreibwaren.

Die Siedlung Golmowskij befindet sich in der Nähe der Kontaktlinie und gerät regelmäßig unter Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte. Die Infrastruktur und ein großer Teil des Wohnraums sind beschädigt oder zerstört.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Darum steht Kiew am Rande eines Finanzkollaps – ukrainische Wissenschaftlerin

Die Wirtschaft der Ukraine steht trotz der scheinbaren Stabilität vor der Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit und einer sozial-demographischen Krise, worauf viele Indikatoren hinweisen. Dies stellte die ukrainische Wirtschaftswissenschaftlerin Dr. Tatjana Bogdan in ihrem Artikel für die in Kiew erscheinende Wochenzeitschrift „Zerkalo nedeli“ fest.

„Negativ ist die Tatsache, dass die Nationalbank eine Verringerung des Volumens der internationalen Reserven gleichzeitig mit einer nominalen Aufwertung des Hrywnja-Kurses (um 6,9 Prozent innerhalb von fünf Monaten seit Jahresbeginn) zugelassen hat. Und das zum Zeitpunkt einer hohen Belastung durch Zahlungen zu den Staatsschulden (im Zeitraum 2018-2020), was ohne die andauernde Unterstützung internationaler Organisationen für die Ukraine die reale Gefahr eines souveränen Defaults heraufbeschwört“, schreibt Bogdan.

Unter Verweis auf Daten der Weltbank für 2016 hebt die Autorin hervor, dass solche Kennwerte wie das Verhältnis von Auslandsschulden und Export, aber ebenso des Bruttonationaleinkommens den Durchschnittswert in den Ländern mit geringen Einnahmen wesentlich überstiegen habe.

Zudem hätten die gesamten Auslandsschulden der Ukraine Ende März 2018 etwa 210,2 Prozent ihres Exportvolumens erreicht, wobei 200 Prozent als äußerster zulässiger Grenzwert gelten. Die Auslandsschulden hätten 100,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei maximal

zulässigen 60 Prozent betragen, und die kurzfristigen Auslandsschulden der Ukraine – 259,7 Prozent der internationalen Reserven bei maximal zulässigen 100 Prozent.

Laut der Expertin zeigten im ersten Quartal 2018 nur drei von elf Indikatoren der äußeren Stabilität einen niedrigen Grad an Verwundbarkeit hinsichtlich der Einwirkung von Schocksituationen. In Bezug auf die übrigen Indikatoren der Höhe der Auslandsschulden, der Schuldentrückzahlungen und der Höhe der internationalen Reserven des Landes würden die entsprechenden Risiken für das Land als sehr hoch eingeschätzt.

„Somit signalisieren das bedeutende Handelsdefizit, der niedrige Stand der internationalen Reserven, das negative Saldo der internationalen Investitionspositionen, der übermäßige Umfang der Auslandsschulden der Ukraine und die übermäßige Last der Schuldentrückzahlungen die Möglichkeit des Ausbrechens einer Schuldenkrise und einer Krise der Zahlungsbilanz in unserem Land in der nicht allzu fernen Zukunft“, warnt Bogdan.

Wie die Wirtschaftswissenschaftlerin ferner hervorhebt, habe sich die Ukraine Anfang 2018 erstmals seit drei Jahren mit ernsthaften Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihres Etats und der Tötigung der planmäßigen Auszahlungen zur Tilgung und Bedienung der Auslandsschulden konfrontiert gesehen.

Die Kiewer Behörden hätten ihr zufolge zur Refinanzierung der Zahlungen hinsichtlich der internationalen Anleihen etwa sechs Milliarden Dollar heranziehen wollen, doch im ersten Halbjahr seien es nur 100 Millionen Dollar gewesen, da das Programm der Zusammenarbeit mit dem IWF gestoppt worden sei.

Somit sei es zu Problemen bei der Finanzierung der Haushaltsausgaben gekommen, schreibt die Expertin, weshalb das Finanzministerium genötigt gewesen sei, das Volumen der Zuwendungen zu kürzen, was unweigerlich zur einer Kürzung des Etats führen werde.

„Die Kürzung der Staatsausgaben unter Bedingungen einer schwachen Wiederherstellung der Wirtschaftsaktivitäten nach der tiefen Krise von 2014-2015 wird ein Faktor sein, der die Wirtschaftstätigkeit unterdrückt und die sozial-demographische Krise im Lande vertieft“, stellt die Autorin in ihrem Artikel fest.

Das auf vier Jahre berechnete Hilfsprogramm des IWF sieht vor, der Ukraine 17,5 Milliarden Dollar bereitzustellen. Im März 2015 war die erste Tranche in Höhe von fünf Milliarden Dollar an Kiew überwiesen worden, im August desselben Jahres – die zweite Tranche in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar.

In den Jahren 2016 und 2017 hatte die Ukraine je eine Tranche in Höhe von einer Milliarde Dollar erhalten. Kiew hoffte, eine fünfte Tranche bis Jahresende 2017 zu erhalten, aber dies ist bis jetzt nicht geschehen, da Kiew die Forderungen des IWF nicht erfüllt hat.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32157/37/321573759.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR

über die Lage am 16. Juli 2018:

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage entlang der Kontaktlinie nicht verändert und bleibt angespannt.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade, die von dem Kriegsverbrecher W. Klotschkow geführt wird, **Dokutschajewsk** beschossen. Es wurde mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, geschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Besatzer **Golmowskij** beschossen. Die Kämpfer aus der 72. mechanisierten Brigade mit dem Anführer R. Tatus haben mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **zwei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Das Kommando der ukrainischen Kämpfer setzt den Versuch, die reale Lage der Dinge in der Operationszone zu verheimlichen, fort. Nach der Verbannung der Freiwilligen, die den ukrainischen Massenmedien objektive Informationen lieferten, von der Front hat der Kriegsverbrecher und in Personalunion Kommandeur der Operation der Besatzungskräfte Najew den **Beginn der „ideologischen Deokkupation des Donbass“ ausgerufen**. Nach seinen Worten haben die ukrainischen Streitkräfte Ausrüstung zur Verfügung, die in der Lage ist, die Fernsehausstrahlung von Seiten der Volksrepubliken zu unterdrücken. Außerdem verständigt er sich regelmäßig mit Leitern örtlicher Medienressourcen, für die eine harte Zensur für die Publikation von Materialien gilt.

Vor dem Hintergrund des niedrigen moralisch-psychischen Niveaus und des fehlenden Wunsches, Kämpfe zu führen, informieren einzelne Soldaten aus den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte über möglichen Beschuss in bestimmten Gebieten.

Solche Fälle werden auch dem ukrainischen Militärkommando bekannt, das, um solche Fälle zu verhindern und die Lage unter Kontrolle zu bekommen, mit einer aktiven „Gehirnwäsche“ des Personals begonnen hat und ein eigenes „Informationsvakuum“ geschaffen hat. Aber die Erklärungen Najews und anderer ukrainischer Ideologen bleiben auch einfach lautstarke Erklärungen für die Öffentlichkeit. Denn trotz der Ausstrahlungsverbote und der harten Zensur in den Massenmedien rufen die verlogenen Erklärungen des ukrainischen Kommandos noch mehr Hass bei der Bevölkerung und dem Personal der ukrainischen Streitkräfte hervor, die wissen, auf wessen Seite die Wahrheit ist.

In dieser Woche haben in den Einheiten der Volksmiliz der DVR Übungen zur Ausbildung von Panzermansschaften begonnen. Die Übungen werden auf allen Übungsplätzen der Republik vor dem Hintergrund der sich dynamisch ändernden taktischen Situation an der Kontaktlinie durchgeführt, die von den unteren Kommandeuren Können und Fertigkeiten bei der Koordination des Feuers ihrer Unterebenen und vom Personal die Durchführung taktischer und Feueraufgaben unter unterschiedlichen Kampfbedingungen erfordert.

de.sputniknews.com: **Die Angst der Transatlantiker vor dem Trump-Putin-Gipfel.**

Tilo Gräser

Die führenden politischen Kräfte des Westens haben Angst vor dem Treffen von Donald Trump und Wladimir Putin in Helsinki. Dafür sorgt der eigene Untergang, der längst begonnen hat, wie der Wiener Publizist Hannes Hofbauer feststellt. Aus seiner Sicht dient das Feindbild Russland dazu, von den eigenen Problemen und der eigenen Rolle abzulenken. In der Bundesrepublik zittern die altgedienten Transatlantiker vor dem Gipfeltreffen von US-Präsident Donald Trump mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Montag. Sie befürchten, dass die ihnen gewohnte Ordnung in der Welt durcheinandergerät. Mit Stefan Kornelius zeigte einer von ihnen am Samstag in der „Süddeutschen Zeitung“, wie weit diese Angst geht und welche Blüten sie treibt. Der schreibende Transatlantiker behauptete dort unter anderem: „Donald Trump und Wladimir Putin, zwei zutiefst nationalistische Populisten,

wollen den liberalen Westen zerstören – und verpassen der Demokratie den schlimmsten Rückschlag seit den faschistischen 30er Jahren.“

Es wäre zu belächeln und zu vergessen, wäre Kornelius ohne Einfluss und seine Worte ohne Wirkung. Sein aktives Wirken in transatlantischen Netzwerken deutet daraufhin, dass er mit seinem Denken nicht allein ist. Sein Status als Leiter des Außenpolitik-Ressorts der „Süddeutschen“, die immer noch als seriöses Medium gilt, sorgt dafür, dass seine Worte gelesen werden und entsprechend nachwirken. So weit so schlecht. Doch was steckt hinter dieser Manie, Russland mit seinen Verbündeten stets zum Sündenbock und zum Hort allen Übels zu erklären?

„Der böse Russe“ ist wieder da

Der eigene reale Abstieg des Westens und der Verlust seiner vermeintlichen Vorbildfunktion sorgen dafür, dass das alte Feindbild Russland wieder hervorgeholt und aufpoliert wird. Das meint der österreichische Publizist und Verleger Hannes Hofbauer in der aktuellen Ausgabe (2/2018) der Zeitschrift „Hintergrund“. Er beschreibt darin, warum heute wieder „der böse Russe“ für alle Probleme in der westlichen Welt herhalten muss.

Hofbauer stellt fest: „Der transatlantische Raum befindet sich seit mehr als zwei Jahrzehnten im wirtschaftlichen Abstieg, den er – angeführt von den USA – militärisch aufhalten will.“ Dabei stürze er seit dem ersten Golfkrieg 1991 gegen den Irak ganze „Weltregionen ins Verderben“. Hinzu kommen laut dem Autor innere Risse und Fliehkräfte, siehe Brexit und Trump als US-Präsident. „Nicht zuletzt der chinesische Erfolg und die gelungene Konsolidierung Russlands haben gezeigt, dass der liberale Konstitutionalismus als Modell für die Welt ausgedient hat.“

Tunnelblick und lauter Feinde

Die Europäische Union (EU) „und ihre führende Kraft Deutschland“ würden darauf mit Feindbildern reagieren, so Hofbauer. Er ergänzt: „Die meinungsbildenden Medien helfen bei der Feindortung, sie tun es mit dem Holzhammer.“ Russland-Bashing sei an der Tagesordnung, ebenso wie verbale Angriffe auf die Türkei und China sowie auf Trump.

„Rundum Feinde. Tunnelblick. So sieht es historisch betrachtet üblicherweise aus, wenn ein überdehntes politisches System vor dem Zusammenbruch steht.“

Hofbauer erinnert daran, dass die untergegangene Sowjetunion unter Michail Gorbatschow ab Mitte der 1980er Jahre und das nachfolgende Russland unter Boris Jelzin im Westen und vor allem der Bundesrepublik beliebt waren. Da sei Jelzin auch verziehen worden, dass er im Oktober 1993 das demokratische gewählte russische Parlament, den Obersten Sowjet, von Panzern und Artillerie zusammenschießen ließ. Die Mehrheit der Abgeordneten hatte sich der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten Radikalprivatisierung widersetzt, wie der Autor schreibt. Zu den Ergebnissen zählten offiziell 187 Tote und 427 Verletzte. Das habe bei den westlichen Eliten nichts am positiven Jelzin-Image geändert, so Hofbauer.

Warum Putin an allem schuld ist

Er beschreibt, wann und warum sich das änderte: „Mit dem Amtsantritt Wladimir Putins am 1. Januar 2000 änderte sich die russische Politik. Der neue starke Mann im Kreml sorgte binnen eines halben Jahres für eine innere Konsolidierung und setzte mittelfristig auf außenpolitische Selbständigkeit. Mit dem Ende der wirtschaftlichen und geopolitischen Willfährigkeit, für die Jelzin gestanden hatte, verflog auch die Russeuphorie in Berlin schnell.“

Nicht nur der Stopp des Ausverkaufs der russischen Wirtschaft durch Oligarchen wie Michail Chodorkowski und das Beschneiden von deren Macht habe das Feindbild verstärkt. Hinzu sei die Unterstützung für die abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien 2008 gekommen, ebenso die Auseinandersetzung um die Ukraine, die zu den Ereignissen ab 2014 einschließlich der Rückkehr der Krim zu Russland führte. Letztere werden als Anlass für ein immer wieder erneuertes Sanktionsregime der USA und der EU genommen.

Rettet Berlin die Transatlantiker?

Die Regierung in Berlin folge dabei den Vorgaben aus Washington, stellt Hofbauer fest. Er sieht die deutsche Haltung, die auch in verschiedenen Parteien zu finden ist, begründet im „Glaubwürdigkeitsverlust der eigenen Politik und ihrer Mainstream-medialen Begleitung“. Der Wiener Publizist schreibt den bundesdeutschen Politikern verschiedener Couleur ins Stammbuch:

„Wer seit Jahren den Kreml für alles Böse in der Welt verantwortlich macht, wer die eigenen Partner gewähren lässt oder bei den Kriegen in Afghanistan über den Nahen Osten, Libyen und bis nach Mali mitmacht, wer reflexartig auf einen Giftanschlag in England mit der Ausweisung russischer Diplomaten antwortet, wer zum Schaden der eigenen Wirtschaft Sanktionen gegen Russland mitträgt, der darf sich nicht wundern, wenn diese ‚Wahrheit‘ von vielen Menschen nicht mehr als solche angenommen wird. Wer dann noch davon spricht, russische Medien würden diese ‚Wahrheit‘ torpedieren, manövriert sich selbst ins Aus.“ Hofbauer erinnert an die historischen Wurzeln des Feindbildes Russland, das er ausführlich in seinem jüngsten Buch beschreibt. Das heutige Russlandbild der Deutschen sei geteilt: Die Transatlantiker in Politik und Medien würden Russland als „Gegenpol, der ihre geopolitischen und ökonomischen Expansionspläne ausbremst“, sehen. Die Selbstfindung und Suche des Landes nach eigenen Werten unabhängig vom westlichen Individualismus sei ihnen „ein Dorn im Auge“.

Bevölkerungsmehrheit hat andere Sicht

„Der feindliche Russlanddiskurs der Eliten bildet sich im Volk indes nicht ab“, stellt Hofbauer fest. Laut Umfragen würde eine Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung ein gutes Verhältnis zu Russland wünschen und den Konfrontationskurs gegenüber Moskau als unsinnig ansehen. Das würde die politische Rechte ausnutzen, so der Publizist, „umso mehr, als russlandfreundliche Stimmen in der traditionellen Parteienlandschaft, mit Ausnahme der Linken, rar sind“.

Für Hofbauer ist es nicht verwunderlich, dass der Kreml versuche, „aus machtpolitischem und strategischem Kalkül heraus jede Bruchlinie in den westlichen Gesellschaften zu vertiefen“. Dabei würden die Ideologien der politischen Lager keine Rolle spielen. Für Linke, „die aus friedenspolitischen Überlegungen der russischen Außenpolitik den Vorzug vor bellizistischen Tönen aus US- und Nato-Kreisen geben“, sei das eine „schwere Bürde“.

Allerdings sind sie selbst dafür mitverantwortlich, wenn sie so handeln wie die Linkspartei. Die hatte auf ihrem jüngsten Parteitag in Leipzig mehrheitlich einen Antrag abgelehnt, der für eine „gute Nachbarschaft“ mit Russland und Frieden in Europa plädierte. Er habe Moskau zu wenig kritisiert, wurde das begründet. Die Transatlantiker dürften sich darüber gefreut haben, wie selbst Linke ihrer Linie und ihrem Feindbild folgen...

de.sputniknews.com: Wegen Sanktionen: Iran verklagt USA beim Internationalen Gerichtshof.

Der Iran hat laut seinem Außenminister Mohammed Dschawad Sarif eine Klage gegen die USA wegen der Verhängung einseitiger Sanktionen beim Internationalen Gerichtshof eingereicht.

„Heute hat der Iran beim Internationalen Gerichtshof eine Klage angestrengt, damit die USA für ihre illegale Wiedereinführung einseitiger Sanktionen zur Verantwortung gezogen werden. Der Iran hält angesichts der Missachtung der Diplomatie sowie der rechtlichen Verpflichtungen durch die Vereinigten Staaten an der Oberherrschaft des Gesetzes fest. Es ist eine Pflicht, ihrer Gewohnheit zu widerstehen, das Völkerrecht zu verletzen“, heißt es in der offiziellen Erklärung.

Die 5+1-Staaten (UN-Vetostaat und Deutschland) und der Iran hatten 2015 ein historisches Abkommen über die Beilegung des jahrelangen Problems des iranischen Atomprogramms erzielt. Die Parteien hatten den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPOA)

beschlossen, dessen Erfüllung die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen des UN-Sicherheitsrates, der USA und der EU gegen den Iran aufheben sollte.

Anfang Mai kündigte der US-Präsident Donald Trump den Ausstieg aus dem Atom-Deal mit dem Iran an und erklärte, die USA würden alle Sanktionen wieder in Kraft setzen, die infolge des Abkommens aufgehoben werden seien.

de.sputniknews.com: Putin schlägt Trump Gespräch über „Schmerzstellen“ vor.

Bei dem Auftakt des Gipfeltreffens mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump hat der russische Präsident Wladimir Putin die Notwendigkeit eines Gesprächs über „Schmerzstellen“ betont.

„Wir haben nach wie vor regelmäßige Kontakte. Wir haben telefoniert und uns natürlich bei verschiedenen internationalen Veranstaltungen mehrmals getroffen“, so Putin. „Es ist natürlich an der Zeit, unsere bilateralen Beziehungen und verschiedenen ‚Schmerzstellen‘ in der Welt gründlich zu besprechen.“ Davon gebe es ziemlich viele, und man sollte sich darauf konzentrieren, so der russische Staatschef weiter.

Trump erklärte seinerseits, die ganze Welt sei an guten Beziehungen zwischen Moskau und Washington interessiert: „Unsere beiden Länder haben eine große Möglichkeit dafür, unser Verhältnis zu regeln. Schon seit mehreren Jahren.“ Er gratulierte Putin zudem zu einer „großartigen Fußball-Weltmeisterschaft“ in Russland.

Nach dem offenen Teil begann dann das Vier-Augen-Gespräch zwischen Putin und Trump, das 90 Minuten dauern sollte. Inzwischen dauert es aber schon länger als zwei Stunden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32157/93/321579383.jpg>

Dnr-online.ru: Im Frühjahr dieses Jahres wurden auf einer ganzen Reihe von Friedhöfen der DVR Fälle von Vandalismus und Entweihung von Gräbern sowie von Verunglimpfung von staatlichen Symbolen der DVR festgestellt. In den letzten Monaten hat diese Erscheinung bedrohlichen systematischen Charakter angenommen.

So wurden im März 18 Gräber und 8 Kreuze auf dem Tschulowskij(Alexejewskij-)Friedhof in Donezk zerstört, am 25. Mai wurden auf dem Friedhof Nr. 3 von Sugres auf der Allee des Ruhms für die gefallenen Milizangehörigen Akte des Vandalismus an sechs Gräbern begangen. Einer der letzten Fälle – Vandalen haben mehr als 25 Denkmäler auf dem Friedhof der Karl-Marx-Siedlung in Makejewka beschädigt oder ganz vernichtet.

„Nach ungefähren Zählungen wurden auf dem Friedhof der Karl-Marx-Siedlung bis zu 50 Gräber zerstört. Aber solche Probleme existieren auch im Leninskij- und im Kalininskij-Bezirk von Donezk, praktisch überall. Dabei wurden die Denkmäler in völlig chaotischer

Weise zerstört“, berichtete der örtliche Einwohner Alexandr.

Die Verbrecher sind auch auf anderen Friedhöfen der DVR aktiv – Akte des Vandalismus wurden auf den Friedhöfen „Jushnoje“ und „6-Kapitalnaja“ bemerkt, wo auch Gräber zerstört wurden, einige Male haben Vandalen eine Flagge der Donezker Volksrepublik von der Ruhmesallee für die gefallenen Verteidiger des Donbass gestohlen.

Nach dem ersten Fall von Entweihung hat sich die Leitung des Friedhofs an die Rechtsschutzorgane gewandt, eine entsprechende Anzeige wurde von der Tschernowogwardejskij-Bezirksabteilung der Polizei von Makejewka aufgenommen. Derzeit werden Überprüfungen vorgenommen, es werden alle Maßnahmen ergriffen, um die Personen festzustellen und die Verbrecher festzunehmen. Aber die Situation ist durch das riesige Territorium des Friedhofs erschwert und dadurch, dass die Vandalen nachts aktiv sind. Es muss angemerkt werden, dass zuvor auf dem Territorium der DVR niemals solche Verbrechen begangen wurden und die Tendenzen der letzten Monate haben wirklich bedrohlichen Charakter. Es ist bekannt, dass viele Tatsachen von der Beteiligung von Aktivisten oder Anhängern der Bewegung der „Ultras“ an den Fällen von Vandalismus zeugen – einer Organisation, die sich neonazistischer Ansichten und Ideen „rühmt“. Für diese Version spricht auch, dass auf den Friedhöfen der Republik in der letzten Zeit mehrfach Fälle von Verunglimpfung von Staatsflaggen der DVR festgestellt wurden.

Der systematische Charakter dieser Verbrechen nannte auch der Generaldirektor des staatlichen Unternehmens „Ritual“ Konstantin Mischko. Um die Vandalen möglichst schnell festzunehmen, rief er die Betroffenen auf, sich an die Rechtsschutzorgane zu wenden und diese in jeglicher Hinsicht zu unterstützen.

Inzwischen bauen die Arbeiter des Friedhofs mit eigenen Kräften das Denkmal am Massengrab der Bergleute, das von Vandalen beschädigt wurde, wieder auf. Außerdem werden Arbeiten auch auf anderen Teilen durchgeführt, besonders dann, wenn keine Verbindung mit Verwandten der beerdigten Bürger besteht.

In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR unterstrich Konstantin Mischko, dass solche Handlungen unter strafrechtliche Verfolgung nach § 243 des Strafrechtsbuch der DVR (Vandalismus) fallen, wofür eine Strafe von bis zu drei Jahren Freiheitsentzug vorgesehen ist.

de.sputniknews.com: „Er lässt Anführer der freien Welt warten!“: Putin verärgert US-Journalisten.

Als das Flugzeug des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Verspätung in Helsinki landete, empfanden manche US-Journalisten dies als Affront. Eine Journalistin des US-Senders CNN empörte sich auf Twitter darüber, dass Putin „den Anführer der freien Welt“ 40 Minuten lang warten ließ.

„Sein Land ist von Wirtschaftssanktionen ergriffen. Ihm wird die Vergiftung von jemandem auf fremden Boden zur Last gelegt. Und auch die Einmischung in die US-Wahl usw. Dabei lässt er den Anführer der freien Welt über 40 Minuten warten“, schrieb die Mitarbeiterin des Senders, Kaitlan Collins, auf Twitter.

Welchen Zusammenhang es zwischen Wirtschaftssanktionen und einer Verspätung des russischen Präsidenten gibt, hat sie allerdings nicht näher erklärt.

Die Fox-News-Moderatorin Laura Ingraham legte nach: „Putin kommt eine Stunde zu spät zu dem Treffen ... ein erbärmlicher Versuch eines Machtspiels von einem Land, das wir wirtschaftlich verzwergeren. Es wäre lustig gewesen (aber nicht ratsam), wenn Donald Trump einfach gegangen wäre“, twitterte sie.

Dabei ist Trump selbst 20 Minuten zu spät zum Gespräch mit Putin gekommen.

CNN ist für seine besonders negative Haltung beim Thema Russland bekannt. So hatte der Sender im vergangenen Herbst Moskau die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Washingtons durch das Smartphone-Spiel „Pokemon Go“ vorgeworfen. Das russische Außenministerium bezeichnete den Vorwurf als „absoluten Marasmus“, der selbst für CNN

erniedrigend sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32157/99/321579961.jpg>

Dan-news.info: „Die ukrainische Armee hat gegen Mittag **Dokutschajewsk** beschossen, dabei wurde in der Trawnwyj-Gasse 8 die Wand des Hauses und in der Nr. 10 derselben Straße das Dach beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung mit.
Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

de.sputniknews.com: Putin und Trump treten gemeinsam vor die Presse – VIDEO
Am Montag geben der russische Präsident Wladimir Putin und sein US-Amtscollege Donald Trump nach ihrem ersten Zweier-Gipfel eine gemeinsame Pressekonferenz in der finnischen Hauptstadt Helsinki.

Bei den Putin-Trump-Gesprächen sollen Perspektiven der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen Moskau und Washington sowie aktuelle internationale Probleme wie die Situation in Syrien oder der Ukraine angesprochen worden sein.

Zuletzt waren die beiden Staatschefs am Rande eines G20-Gipfels in Hamburg und beim APEC-Gipfel in Vietnam zusammengetroffen.

Link zum Video: <https://www.facebook.com/sputnik.deutschland/videos/2101868423158041/>

de.sputniknews.com: Als Reaktion auf neue US-Zölle: Peking klagt bei WTO gegen USA.
Als nächster Schritt im Handelsstreit klagt nun China laut seinem Kommerzministerium bei der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die USA. Als Grund dafür sollen mögliche zusätzliche Zölle für chinesische Waren dienen. Das geht aus einer Mitteilung des Ministeriums hervor.

„China hat am Montag eine Klage gegen die USA bei der WTO eingereicht. Die Klage gilt als Reaktion auf eine mögliche Verhängung von Strafzöllen für chinesische Waren im Gesamtwert von 200 Milliarden US-Dollar (zirka 171 Milliarden Euro) jährlich durch die USA“, heißt es.

Am 15. Juni hatten die USA bereits 25-prozentige Einfuhrzölle für Importe aus China im Umfang von 50 Milliarden US-Dollar verhängt, die ab dem 6. Juli erhoben werden sollen. Als Reaktion kündigte China ebenfalls 25-Prozent-Zölle für 659 Waren aus den USA im Gesamtwert von 50 Milliarden US-Dollar an. Ab dem 6. Juli sollen Importzölle für 545 Waren mit einem Gesamtwert von 34 Milliarden US-Dollar gelten. Die Frist der Abgaben für den Rest der Waren soll später bekannt gegeben werden.

Zudem kündigten die USA neue Zölle gegen China an. Auch Vergeltungszölle werden von Peking vorbereitet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32157/95/321579557.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Koordination der Volksmiliz der LVR:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das **Regime der Feueereinstellung zweimal verletzt**.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Sokolniki**.

Dabei haben die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und großkalibrige Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden 45 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Der Beschuss erfolgte von den Positionen der 53. und 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte deren Kommandeure die Kriegsverbrecher Grusewitsch und Tatus sind.

Trotz der Verbots der Verwendung von Drohnen an der Kontaktlinie führen die ukrainischen Truppen **weiter Aufklärung mit Drohnen** durch. Im Gebiet von Nowotoschkowskoje wurde festgestellt, dass Einheiten der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Luftaufklärung mit Hilfe von Drohnen des Typs „Leleka-100“ betreiben. So führt das Kommando der Brigade Maßnahmen durch, um Objekte zum Angriff zu entdecken.

Außerdem verwenden die ukrainischen Truppen Drohnen im Gebiet von Swetlodarsk, um die Qualität der Tarnung ihrer Positionen zu kontrollieren, um zu verhindern, dass OSZE-Beobachter die schweren Waffen entdecken.

Im Zusammenhang damit, dass die Beobachter der OSZE-Mission ständig ein Monitoring der Situation an der Kontaktlinie betreiben und es schwierig wird, von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen zu verwenden, hat das ukrainische Kommando entschieden, die Zahl der Scharfschützen in der Zone der Strafoperation zu vergrößern. Dazu wurden vier zusammengesetzte Scharfschützenabteilungen mit je 20 bis 25 Personen gebildet. Diese Einheiten werden dem Stabschef der Strafoperation Generalmajor Salushnyj unterstellt sein. Ihre Ausbildung läuft bis Dezember dieses Jahres. Diese Einheiten sollen unter anderem provokativen Beschuss der Territorien der Volksrepubliken durchführen.

Der Gegner nutzt den „Brotwaffenstillstand“ und führt aktiv technische Arbeiten an den Frontpositionen durch, die auf die Tarnung und Vervollkommnung der Befestigungseinrichtungen in den Gebieten von Krymskoje, Boguslawskoje, Luganskoje und Pestschanoje gerichtet sind.

Ein Versuch der Kiewer Junta, den Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, wird nur zu zahlreichen Opfern, sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite, führen. Wir rufen die

internationalen Beobachterorganisationen auf, Kiew zu zwingen die übernommenen Verpflichtungen zur Feuereinstellung einzuhalten.

Unsere Einheiten erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und der Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und zur Sicherheit unserer Republik. Heute haben in den Einheiten der Volksmiliz Übungen zur Schießausbildung stattgefunden, bei denen das Personal die Fertigkeiten bei der Handhabung von Schusswaffen und Schützenpanzerwaffen erhöhte.

Außerdem werden in den Einheiten der Volksmiliz der LVR Übungen zu den Regeln der Sicherheit unter Leitung der Kommandeure der Einheiten durchgeführt.

Ich will ein weiteres Mal erklären, dass die Volksmiliz der LVR die Minsker Vereinbarungen strikt einhält.

de.sputniknews.com: "Kalter Krieg ist längst vorbei" - Putin nach Treffen mit Trump.

Nach dem Treffen mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump in der finnischen Hauptstadt Helsinki hat der russische Präsident Wladimir Putin im Hinblick auf die russisch-amerikanischen Beziehungen betont, dass der Kalte Krieg längst vorbei sei.

Im Rahmen des Treffens sei der laufende status quo der Beziehungen zwischen beiden Ländern besprochen worden, so Putin. "Es ist offensichtlich, dass die bilateralen Beziehungen eine schwierige Zeit durchmachen. Diese Schwierigkeiten, die vorherrschende angespannte Atmosphäre haben jedoch keine objektiven Gründe", betonte er.

Das Gespräch mit Trump bewertete der russische Präsident als positiv.

"Wir haben gut gesprochen. Hoffentlich verstehen wir uns nun besser", fügte er hinzu.

Er habe Trump eine "Philosophie" der Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf langfristiger Basis vorgeschlagen. Er hoffe, dass man sich über die Notwendigkeit einer gemeinsamen Problemlösung verständigen werden könne. In dieser Hinsicht wäre die Gründung eines Expertenrats für die Lösung von bilateralen Krisen wünschenswert, so Putin.

Es sei auch die Zeit gekommen, dass man die Beziehungen auf dem Niveau öffentlicher Einrichtungen und Kultur entwickle. Auch habe er sich mit Trump geeinigt, eine gemeinsame Gruppe von Spitzenvertretern des us-amerikanischen und russischen Business zu gründen.

Außerdem sei der US-Seite vorgeschlagen worden, eine gemeinsame Arbeitsgruppe für den Anti-Terror-Kampf zu bilden. Es gebe bereits Beispiele erfolgreicher Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Länder bei der Fußball-WM in Russland.

Des Weiteren erwähnte Putin positive Erfahrungen in Syrien, wo us-amerikanische und russische Militärs mittels Kooperation schwere Zusammenstöße vermieden hätten. Auch seien bei dem Gespräch die Fragen der Beseitigung von Kurz- und Mittelstreckenraketen besprochen worden.

de.sputniknews.com: Trump: USA streben nach Kooperation, Frieden und Freundschaft mit Russland.

Die USA sind nach Kooperation, Frieden und Freundschaft mit Russland bestrebt, erklärte Präsident Donald Trump am Montag auf einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit Russlands Staatschef Wladimir Putin in Helsinki.

„Präsident Putin und ich haben eine Diskussion zu einem weiten Kreis von Fragen, die für unsere beiden Länder kritisch wichtig sind, eben abgeschlossen. Wir hatten einen direkten, offenen und äußerst produktiven Dialog.“

Ihm zufolge ist Putin ein guter Rivale und betrachtet das als Kompliment. Trump hoffe, dass die USA und Russland alle Probleme werden lösen können, die bei ihrem Gipfel in Helsinki erörtert wurden.

„Die Beziehungen der USA und Russlands sind jetzt schlimm wie nie zuvor. Aber die Situation ändert sich bereits nach dem heutigen Treffen mit Putin... Wir sind übereingekommen, dass unsere bilateralen Treffen künftig öfter stattfinden... Das heutige

Gespräch ist der Beginn eines langwierigen Prozesses“, betonte der US-Präsident. Zur Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus sagte Trump, dahin gehende Kontakte würden fortgesetzt. Diese Kooperation werde das Leben von Hunderttausenden Menschen in Syrien retten.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32158/19/321581933.jpg>

de.sputniknews.com: Booking.com knickt bei EU-Sanktionen ein: keine Angebote auf der Krim mehr.

Sowohl Touristen als auch Geschäftsbesuchern verweigert der Online-Dienst neuerdings das Buchen von Wohnungen oder Hotelzimmern auf der Krim. Grund dafür seien die EU-Sanktionen.

„Das Unternehmen Booking.com ist stets bestrebt, relevante und anwendbare Gesetze einzuhalten, in denen es tätig ist. Da Booking.com BV in den Niederlanden sitzt, müssen EU-Handelsanktionen gegen die Krim beachtet werden. Gemäß den Sanktionen darf Booking.com keine Dienstleistungen anbieten, die in direktem Zusammenhang mit touristischen Aktivitäten auf der Krim stehen“, heißt es in einer offiziellen Mitteilung. Bei der Suche auf dem Online-Portal nach Unterkünften auf der Halbinsel wird dem Kunden mitgeteilt: „Leider ist es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, auf unserer Webseite Urlaubsbuchungen für die Krim zu tätigen.“ Im Mai 2017 bezeichnete Booking.com die Krim als Staatsgebiet der Ukraine, trotzdem waren Buchungen für Geschäftsreisen auf der Halbinsel bis vor kurzem noch möglich.

Natalia Kyruchenko aus der Stadt Sudak veröffentlichte am Montag einen Beitrag auf Facebook, wo sie mitteilt: „Achtung bitte! Seit dem heutigen Tag hat booking.com aufgehört, Bewertungen von Touristen auf der Krim zu sammeln. Niemand kann die Kommentare lesen, die Besitzer ebenfalls nicht. Es gibt keine Möglichkeit, eine neue Wertung zu verfassen. (...) Auf der anderen Seite wird niemand mehr eine schlechte Bewertung schreiben und keine niedrige Punktzahl geben!“ Frau Kyruchenko schien einen Ausschluss von booking.com geahnt zu haben, denn sie schreibt: „Meine Worte: Vertraut nicht nur auf booking.com. Geht zu anderen Buchungsseiten. Unser Hostel hatte 55 Bewertungen von 9,1. Liebe Kollegen, mit welchem Ergebnis habt Ihr die booking-Laufbahn beendet?“

Im Juni 2018 berichtete Sputnik über die Verlängerung der EU-Sanktionen gegen die Halbinsel Krim bis zum 23. Juni 2019. Davon sind unter anderem der Tourismus, der Export von Technologien und die Herstellung von Gas- oder Ölressourcen betroffen. Die Beziehungen zwischen Russland und den EU-Ländern haben sich während der politischen Krise im Jahr 2014 in der Ukraine verschlechtert.

Als die Krim sich mit Russland wiedervereinigt hatte, beschuldigte der Westen Moskau der Verletzung der Völkerrechtsnormen und verhängte Sanktionen gegen Russland. Die Krim

hatte sich nach einem Referendum im März 2014 von der Ukraine losgelöst und war am 18. März auf Wunsch ihrer Bevölkerung in den Staatsverband Russlands aufgenommen worden. Die Ukraine betrachtet die Halbinsel weiterhin als ihr Territorium, das „zeitweise okkupiert“ ist.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32097/12/320971202.jpg>

de.sputniknews.com: Frankreich schließt Handelsvertretung in Russland.

Die französischen Behörden haben entschieden, die Vertretung für Handel und Investitionen der französischen Botschaft in Russland zu schließen. Dies berichtet der Pressedienst der französischen Botschaft am Montag.

Der Mitteilung zufolge ist dieser Beschluss „mit der Benachrichtigung der russischen Behörden darüber verbunden, dass von nun an für ‚Business France‘ die Aktivitäten in Russland im Rahmen der Bestimmungen der französischen Gesetzgebung nicht gestattet seien und dies der lange andauernden Periode der Verhandlungen über den Status des Büros von ‚Business France‘ in Russland, das laut der französischen Gesetzgebung ein unabdingbarer Teil der diplomatischen Struktur sei, ein Ende setze“.

„Die lokalen Bedingungen werden es ‚Business France‘ höchstwahrscheinlich nicht ermöglichen, die Aufgaben eines staatlichen Dienstes zur Unterstützung der französischen Betriebe auf dem Territorium Russlands zu erfüllen“, heißt es im Kommuniqué.

Wie aus der Mitteilung der Botschaft hervorgeht, hätten sich die Bedingungen der Tätigkeit von „Business France“ innerhalb der letzten Monate wesentlich verschlechtert. Als Beispiele sind „rechtswidrige Sperren“ seiner Bankkonten sowie die Ausweisung seines Direktors, der einen Diplomatenpass besitzt, angeführt.

Der Beschluss tritt am 16. Juli in Kraft.

Dan-news.info: „Zwischen 16:45 und 17:10 Uhr wurde aus Richtung Bogdanowka **Petrowskoje** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen. Es wurden 50 Granaten mit automatischen Granatwerfern abgeschossen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Weitere Informationen werden ermittelt.

Das Dorf Petrowskoje ist einer der drei Pilotabschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln an der Kontaktlinie gemäß der Rahmenvereinbarung der Kontaktgruppe vom 7. Oktober 2016. Seit Mai 2018 haben die ukrainischen Streitkräfte aufgehört, die übernommenen Verpflichtungen einzuhalten. Die Verstöße von Seiten der Ukraine wurden auch von der OSZE-Mission registriert.

de.sputniknews.com: Trump: „Bin nicht sicher, dass Deutschland von Nord Stream 2

profitiert“.

US-Präsident Donald Trump hat bei der Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin erneut Kritik an der Gaspipeline Nord Stream 2 geäußert. Die USA würden mit dem Projekt konkurrieren.

„Wir werden, was die Gaspipeline angeht, konkurrieren. Ich bin mir nicht sicher, dass Deutschland davon profitiert, aber diese Entscheidung wurde getroffen“, sagte Trump.

Er erinnerte zudem daran, dass die USA der größte Flüssiggas-Hersteller der Welt werden wollen: „Wir werden Flüssiggas verkaufen und mit der Gaspipeline konkurrieren.“

Putin sagte seinerseits, er habe Trump versichert, dass auch nach der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 der Gastransit über die Ukraine fortgesetzt werden würde. Russland sei bereit, den entsprechenden Vertrag mit der Ukraine zu verlängern.

„Herr Präsident (Trump – Anm. d. Red.) äußerte seine Sorge über die mögliche Aussetzung des Transits über die Ukraine. Ich habe den Herrn Präsidenten versichert, dass Russland bereit ist, diesen Transit aufrechtzuerhalten. Mehr noch: Wir sind bereit, den Transitvertrag, der nächstes Jahr ausläuft, zu verlängern, sollte der Streit zwischen den Unternehmen beim Stockholmer Gericht beigelegt werden“, sagte der russische Präsident.

Abends:

de.sputniknews.com: Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich bei der Pressekonferenz nach dem Gipfeltreffen mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump über die angebliche Einmischung Russlands in die US-Präsidentschaftswahlen 2016 geäußert. Er rief dazu auf, sich nicht auf momentane politische Interessen, sondern auf Fakten zu stützen..

Putin betonte außerdem, dass es in den Beziehungen zu Trump sowohl „Widersprüche als auch Kontaktpunkte“ gebe.

„Wir sollten uns nicht auf die momentanen politischen Interessen einiger interner politischer Kräfte in unseren Ländern, sondern auf Fakten stützen. Nennen Sie wenigstens eine Tatsache, die von einer Art Komplott während des Wahlkampfes in den USA zeugt. Das ist völliger Unsinn. Wir waren nicht bekannt, der Präsident (US-Präsident Donald Trump– Anm. d. Red.) hat das eben gerade gesagt“, betonte Putin.

Darüber hinaus merkte der russische Staatschef an, er habe beim Geheimdienst gearbeitet und wisse, wie ein Dossier erstellt wird: „Ich habe doch auch beim Geheimdienst gearbeitet und weiß, wie relevante Dossiers erstellt werden.“

Putin schlug zudem vor, die US-Ermittlungskommission könnte Anfragen zur russischen Wahleinmischung im Jahr 2016 nach Russland senden und diejenigen verhören, die unter Verdacht stehen würden.

Mil-Inr.info: In den sozialen Netzen wird ein Dokument verbreitet - „Erlass des Oberhauptes der LVR über eine **Änderung in der Dauer der Sperrstunde** in der Republik“. Als Grund für diesen Erlass wird das Ende der Fußballweltmeisterschaft in Russland angegeben.

Dieser Erlass ist nicht echt, sondern ein **gefälschtes Dokument**. Die Volksmiliz der LVR teilt mit, dass die Zeiten der Sperrstunde in der LVR gemäß dem Erlass des Oberhauptes der LVR vom 21.3.2015 unverändert von 23:00 bis 04:00 Uhr gelten.

Auf der offiziellen Seite des Oberhauptes der LVR wurden keinerlei Änderungen diesbezüglich veröffentlicht.

de.sputniknews.com: Helsinki: Lawrow und Pompeo am Rande des Gipfels

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat sich am Rande des Gipfels in Helsinki mit US-Außenminister Mike Pompeo getroffen. Dies verlautet aus dem offiziellen Account des russischen Außenministeriums auf Twitter.

„In Helsinki fand ein Treffen von Sergej Lawrow und US-Außenminister Mike Pompeo statt“,

heißt es in der Mitteilung.

Dies ist das erste persönliche Treffen zwischen Lawrow und Pompeo.

In der finnischen Hauptstadt finden am Montag Verhandlungen der Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, und der USA, Donald Trump, statt.



https://pbs.twimg.com/media/DiOhZ7HW0AAXg_h.jpg

Mgblnr.org: Das Staatssicherheitsministerium der LVR hat von einer Quelle in den Spezialdiensten der Ukraine Dokumente erhalten, die von der **Vorbereitung von Provokationen** durch die Sicherheitsdienst der Ukraine und der Nationalpolizei während des Besuchs einer militärisch-diplomatischen ausländischen Delegation am Kontroll- und Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ **am 17 Juli 2018** zeugen.

Gemäß einem internen Schriftwechsel mit der Angabe „streng geheim“ hat der SBU eine operative Kampfgruppe „aus patriotisch eingestellten Mitarbeitern“ gebildet, die „eine künstliche Verschärfung der operativen Kampfsituation an der Kontaktlinie im Gebiet von Staniza Luganskaja“ durchführen soll.

Die Führung der Nationalpolizei im Lugansker Oblast wurde dabei angewiesen, einen Maßnahmenplan „zur Gewährleistung der Sicherheit und des unbehinderten Aufenthalts der ausländischen militärisch-diplomatischen Mission“ unter Verwendung „der härtesten Mittel der Reaktion „ gegen „Vertreter nationalistischer und auch prorussisch eingestellter Elemente“ zu erarbeiten.

Zur „Berichterstattung“ über die Aktionen vom Ort des Geschehens wurden Vertreter ukrainischer und ausländischer Massenmedien herangezogen.

So ist die ukrainische Seite bereit, Bürger und ausländische Vertreter einem terroristischen Angriff auszusetzen, dabei zur Provokation schwere Waffen zu verwenden, die LVR des Terrorismus und der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen, um „gesetzliche“ Grundlagen für für die Sabotage der Vereinbarungen zum Abzug von Kräften und Waffen aus Staniza Luganskaja zu finden.